

PHANTASIALAND

Erweiterung in zwei Schritten

Von Alexandra Ringendahl, 13.07.11, 15:36h, aktualisiert 14.07.11, 09:28h

In den Streit um die Erweiterung des Phantasialands kommt möglicherweise Bewegung. Die Bezirksregierung Köln hat dem Regionalrat jetzt ein Konzept zur Erweiterung des Phantasialandes vorgeschlagen.



Das Phantasialand wird eventuell in mehreren Schritten erweitert. (Bild: Beissel)

BRÜHL "Die Zeit ist reif, dass wir Entscheidungen treffen." Regierungspräsidentin Gisela Walsken zeigte sich entschlossen, das bereits acht Jahre währende Verfahren um die Erweiterung des Phantasialands möglichst bald zu einem zumindest vorläufigen Ende zu bringen. Walsken hat dem Regionalrat einen Erweiterungsvorschlag vorgelegt, der der Westalternative D entspricht. Diese sieht eine Erweiterung um 28,1 Hektar vor.

Überplant werden soll in einer ersten Stufe das etwa 13 Hektar große Naturschutzgebiet Ententeich an der A 553.

Außerdem soll im Osten eine kleinere Fläche an der Autobahn in Richtung Badorf hinter den Parkplätzen Moritz und Breidenbach zur Verfügung gestellt werden. In einer zweiten Stufe soll dann eine zehn Hektar große Waldfläche westlich der Landesstraße 194 unter Aussparung des Stiefelweihers weichen. "Wir haben uns bewusst für ein vorsichtiges zweischrittiges Verfahren entschieden", erläuterte Walsken. Zunächst solle nur für die erste Stufe eine Änderung des Flächennutzungsplans angestrebt werden. Bedingung sei, dass das Phantasialand umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen realisiert. Dazu gehören laut Bezirksregierung großflächige Ersatzaufforstungen, das Neuanlegen von Biotopen sowie die Ansiedlung von in dem Naturschutzgebiet beheimateten Arten wie etwa dem Eisvogel und dem Springfrosch an anderer Stelle. "Erst wenn das alles realisiert und von der Bezirksregierung überprüft sei, könne man zu einem viel späteren Zeitpunkt fragen, ob auch die Inanspruchnahme der zweiten Fläche notwendig sei", erläuterte Joachim Diehl von der Bezirksregierung.

Der Umweltbericht der Bezirksregierung hatte nicht die Westalternative D, sondern die West-Ostalternative B als die "verträglichste" Lösung bewertet. Dabei sollten neben dem Areal um das Naturschutzgebiet Ententeich noch weitere autobahnahe Flächen im Osten südlich des Lenterbachs in Anspruch genommen werden. Dafür sah diese Variante jedoch keine Ausdehnung in den Wald jenseits der Landstraße 194 vor.

Diese Variante hat die Bezirksregierung jedoch verworfen. Man wolle jedes Risiko einer größeren Lärmbelastigung für die Anwohner in Badorf und Eckdorf vermeiden, begründete Diehl. Außerdem halte die Westalternative D das kompaktere Gelände mit fast nur vorbelasteten Flächen, die etwa an Autobahnen grenzen, vor. Hinzu kämen die Nachteile der verkehrlichen Erschließung bei der West-Ostalternative B.

Das große Fragezeichen im Rahmen des Verfahrens bleibt allerdings die Haltung des Umweltministeriums. Die vorgesehene Erweiterungsfläche enthält rund 20

Hektar Wald. Laut Koalitionsvertrag von SPD und Grünen ist jedoch der Verkauf von Staatswald ausgeschlossen. Dazu erklärte der Pressesprecher des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums, Frank Seidlitz, auf Anfrage:

"Es gilt, was im Koalitionsvertrag steht. Weiter werden wir uns zu den Vorschlägen zum jetzigen Zeitpunkt nicht äußern." Regierungspräsidentin Walsken äußerte sich diesbezüglich allerdings zuversichtlich, dass "der Umweltminister eine gute Entscheidung treffen wird".

Der Vorschlag der Bezirksregierung wird nun dem Regionalrat in seiner Sitzung am Freitag vorgelegt. Die CDU signalisierte bereits ihre voraussichtliche Zustimmung, während die Grünen den Vorschlag ablehnen werden. Wird dieser Beschluss mit Mehrheit gefasst, beginnt die Beteiligung der Öffentlichkeit. Diese soll in diesem Fall besonders intensiv erfolgen, erläuterte Walsken. Die Planungsunterlagen werden drei Monate lang in der Bezirksregierung, beim Rhein-Erft-Kreis in Bergheim und im Brühler Rathaus ausgelegt. Sachkundige Mitarbeiter vor Ort werden die Pläne erläutern. "Dies ist ein neuer, dringend notwendiger Schritt. Die Bürger sollen über das rechtlich erforderliche Muss hinaus am Verfahren beteiligt werden", so Walsken. Transparenz sei in einem so sensiblen Verfahren dringend erforderlich. Damit reagierte sie auf die Kritik der Bürgerinitiative "50.000 Bäume", dass Bürgerinitiativen und Umweltverbände nicht ausreichend einbezogen worden seien. Bis zum Erarbeitungsbeschluss sei dies gesetzlich nicht vorgesehen. Wenn der Regionalrat im Anschluss daran dann einen Aufstellungsbeschluss fassen sollte, geht die Angelegenheit wieder in die Hoheit der Stadt Brühl über. Die müsste dann eine entsprechende Änderung des Bebauungsplans veranlassen.

Das Phantasialand hat nach eigenen Angaben zwei Millionen Besucher jährlich. Die Erweiterung wird damit begründet, dass sich der Park als Kurzurlaubsziel entwickeln muss, um im Wettbewerb mit anderen Freizeitparks zu bestehen. Derzeit sind nach Angaben des Parks 500 Mitarbeiter in unbefristeten und 800 Mitarbeiter in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Damit ist der Park der zweitgrößte Arbeitgeber in Brühl.

<http://www.rhein-erft-online.ksta.de/jreo/artikel.jsp?id=1310466228651>

Copyright 2011 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.

KOMMENTAR

Geschickter Schachzug

Von Alexandra Ringendahl, 14.07.11, 09:28h

Die Kuh soll endlich vom Eis: Nach jahrelangem Verfahren will die Bezirksregierung nun ihren Teil dazu beitragen, das leidige Thema Phantasialanderweiterung eines fernen Tages doch noch ad acta legen zu können.



Alexandra Ringendahl
(Bild: KStA)

Dabei ist die Zweiteilung des Verfahrens ein geschickter Schachzug. Zunächst soll auf dem langen Weg durch die Institutionen der vermeintlich verträglichere Teil der Erweiterung durchgezogen werden.

Die kleine Fläche im Osten und das Naturschutzgebiet rund um den Ententeich sind die vergleichsweise kleineren Brocken. Die zweite Stufe der Erweiterung in den Vilewald westlich der Landstraße 194 aber ist gegen die derzeitige rot-grüne Landesregierung allerdings wohl

kaum durchsetzbar.

Hier setzt man auf den Faktor Zeit. Die Umsetzung des ersten Teils kostet viel Zeit und wird für das Phantasialand allein aufgrund der geforderten Ausgleichsmaßnahmen enorm teuer. Wenn sich dann in ferner Zukunft tatsächlich die Frage einer zweiten Stufe stellt, entscheiden vielleicht längst andere. Oder die Entwicklung des Freizeitparks macht eine weitere Ausdehnung obsolet.

Im Verfahren schlägt nun bald die Stunde der Bürger, die ihre Meinung einbringen können. Endlich. Diese sind im Rahmen des Verfahrens bislang sträflich vernachlässigt worden. Auch wenn eine Anhörung etwa der Bürgerinitiativen vor Ort per Gesetz nicht vorgesehen ist, hätten eine frühzeitige Bürgerinformation und mehr Transparenz dem Verfahren gut zu Gesicht gestanden. Die Regierungspräsidentin Gisela Walsken hat das verstanden und setzt nun auf eine besonders intensiv begleitete und breit angelegte Bürgerbeteiligung. Stuttgart 21 tut eben auch in Brühl seine Wirkung.

<http://www.rhein-erft-online.ksta.de/jreo/artikel.jsp?id=1310466229010>

Copyright 2011 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.